

Kreisel-Gegner wollen in den Rat

Initiative „überlegt ernsthaft“, bei der Stadtratswahl 2011 mit einer eigenen Liste anzutreten

Von Michael Mix

ACHIM ■ Die Drohung der Gegner eines Kreiselbaus an der Gieschen-Kreuzung, die Befürworter würden die Quittung dafür bei der Kommunalwahl in einem Jahr bekommen, steht ab sofort unter neuen Vorzeichen. Gestern kündigten die Aktivisten Heinz-Dieter Breu und Herbert Mudersbach im Gespräch mit dieser Zeitung an, dass die „Initiative Achimer Bürger für den Erhalt der Gieschen-Kreuzung“ bei der Stadtratswahl am 11. September 2011 wahrscheinlich mit einer eigenen Liste antreten werde.

„Ja, wir überlegen das ernsthaft“, verriet Initiativesprecher Breu. Schließlich hätten nicht weniger als 2 600 Einwohner ihre Unterschrift gegen den Kreisel gesetzt. Das sei immerhin fast ein Viertel der Wahlberechtigten im Stadtgebiet, merkte Breu an. „Damit wären wir aktuell nach SPD und CDU die drittstärkste Fraktion im Achimer Rat.“

Noch stehe die Initiative am Anfang ihrer Überlegungen, aber durchaus attraktive Kandidatinnen und Kandidaten könnten auf der Liste stehen. Vor allem auch Leute, die bisher kaum politisch in Erscheinung getreten seien. Es müssten in Achim ja „nicht immer nur Angestellte aus dem öffentlichen Dienst“ das Sagen haben, sagte Heinz-Dieter Breu.



Der Kreisel wird gebaut. Die Gegner Heinz-Dieter Bräu (l.) und Herbert Mudersbach kündigten Konsequenzen an. Foto: Mix

„Wir haben die Chance, einige Kaufleute und sonstige Selbstständige reinzuholen.“

Plan B sieht vor, „mit der WGA gemeinsame Sache zu machen“. Die Wählergemeinschaft Achim hatte sich Anfang der 90er Jahre aus Protest gegen den Bau des neuen, jetzigen Rathauses gebildet und schaffte seitdem immer den Sprung in den Rat. Auch die WGA war gegen den vor einigen Wochen begonnenen Bau eines Verkehrskreisels auf der Kreuzung

am Hotel Gieschen. Allerdings ließen Breu und Mudersbach durchblicken, dass sie sich von einer eigenen Liste bei der Wahl mehr Erfolg versprechen und so auch den Kreisel-Befürworter-Fraktionen womöglich empfindlich wehtun könnten.

Bei einem Gespräch gestern im Rathaus mit Bürgermeister Uwe Kellner und Rechtsrat Heinrich Föllnbach hätten sie noch mal ihren Unmut über das Vorge-

hen der Stadt in der Kreisel-Frage zum Ausdruck gebracht. Der von der Initiative eingeschaltete Rechtsanwalt Dr. Björn Diering, Fachanwalt für Verwaltungsrecht in Verden, habe noch mal deutlich gemacht, dass die Stadt ein Bürgerbegehren gegen den Kreuzungsumbau nicht hätte ablehnen dürfen.

„Jetzt, wo alles schon läuft, macht es aber keinen Sinn mehr, dagegen zu klagen“, meinte Breu. Die Bürgerinitiative sei jedoch über

das Verhalten von Verantwortlichen in Politik und Verwaltung „enttäuscht. Es wurden leider Tatsachen geschaffen, die nicht rechtlich abgedeckt sind.“

Die vom Bürgermeister für den 27. September anberaumte „Bürgerversammlung“ bezeichnete Herbert Mudersbach als „Persilveranstaltung“. Die Bürger dürften nun „darüber entscheiden, ob Gänseblümchen oder etwas anderes im Kreisel angepflanzt werden soll“.